

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Mag. Bettina Emmerling, MSc (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Mag. Nicole Berger-Krotsch (SPÖ), Mag. Marcus Gremel, MBA (SPÖ) und Dr. Mireille Ngosso (SPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Die Einführung eines verpflichtenden Ethikunterrichts mit Schwerpunkt politische Bildung, Demokratie und Toleranz

In einer Zeit, in der unsere Gesellschaft zunehmend mit Herausforderungen wie Extremismus, Polarisierung und einem Anstieg von Hassdelikten konfrontiert wird, ist die Rolle der Bildung in der Vermittlung von demokratischen Werten und Toleranz wichtiger denn je. Schulen bieten eine einzigartige Plattform, um junge Menschen nicht nur in akademischen Disziplinen, sondern auch in den Prinzipien einer funktionierenden, liberalen Demokratie zu unterrichten.

Ein verpflichtender Ethikunterricht, der sich auf diese Themen konzentriert, ist entscheidend, um die Grundlagen für ein respektvolles Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft zu legen. In diesem Kontext werden Schülerinnen und Schüler ermutigt, kritisches Denken zu entwickeln, sich konstruktiv mit unterschiedlichen Meinungen und Perspektiven auseinanderzusetzen und ein tiefes Verständnis für die Bedeutung von Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit zu erlangen.

In Österreichs Schulen ist politische Bildung als Unterrichtsprinzip weitgehend verankert. Das Unterrichtsprinzip sieht vor, dass politische Bildung in allen Gegenständen und Bereichen der Schulbildung integriert wird. Dieser Grundsatz erlass ist jedoch unverbindlich, was dazu führen kann, dass politische Bildung in der Praxis unzureichend umgesetzt wird.

Angesichts sowohl der historischen Ereignisse, die unsere Gesellschaft geprägt haben, als auch der jüngsten Zunahme von antisemitischen Vorfällen, wird deutlich, dass die Vermittlung solcher Werte nicht nur wünschenswert, sondern essentiell ist. Es ist unerlässlich, junge Menschen darauf vorzubereiten, sich gegen

Hass, Intoleranz und autoritäre Tendenzen zu positionieren und sie darin zu bestärken, als informierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger zu agieren. Darüber hinaus bietet der Ethikunterricht eine Gelegenheit, aktuelle globale und lokale Herausforderungen zu diskutieren. Durch eine solche Auseinandersetzung lernen die Schülerinnen und Schüler, komplexe Probleme aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten und Lösungsansätze zu entwickeln, die auf demokratischen Prinzipien und gegenseitigem Respekt basieren.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung dazu auf, Maßnahmen zur Einführung eines verpflichtenden Ethikunterrichts in allen Schulstufen zu ergreifen. Dieser Unterricht soll sich auf die Vermittlung von politischer Bildung, demokratischen Werten, Toleranz, Friedensbildung und Konfliktbewältigung, Medienkompetenz, kritisches Denken, Kritikfähigkeit und die Förderung eines tiefgreifenden Verständnisses für ethische Prinzipien konzentrieren.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

24.11.2023